

Kali-Altlasten-Kampf geht weiter

Der Kampf der LINKEN um die Offenlegung der Kali-Fusionsverträge und damit auch die Klärung der Thüringen noch viele Jahre belastenden Kali-Altlastenproblematik geht weiter. Dazu hatten sich bei einem Pressegespräch am 28. August in der Linksfraktion im Thüringer Landtag die Abgeordnete und LINKE Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und die umweltpolitischen Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion Tilo Kummer und der Bundestagsfraktion Ralph Lenkert geäußert.

Zwar hatte jetzt die zuständige, dem Bundesfinanzministerium unterstehende, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einen entsprechenden Antrag Bodo Ramelow auf Offenlegung des Kalifusionsvertrages inklusive aller Anlagen abgelehnt, aber, so unterstrich Susanne Hennig-Wellsow, „indirekt hat sie die Echtheit der bekannt gewordenen Kaliverträge bestätigt, jedoch die Einsicht in die Verträge und deren Verwendung untersagt“. Die LINKE Politikerin kündigte vor dem Hintergrund des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes Widerspruch gegen diese Entscheidung an und schloss auch eine Klage nicht aus.

Tilo Kummer verwies auf den im Juli vom Thüringer Landtag gefassten Beschluss zum Antrag der Linksfraktion zum Vorliegen des vollständigen Kalifusionsvertrages vom 13. Mai 1993

und das verfassungsgemäße Informations- und Kontrollrecht des Landtags. Darin soll die Landesregierung in weiteren Verhandlungen mit der Bundesregierung eine Gleichbehandlung mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von noch anstehenden Maßnahmen zur Altlastensanierung bei Bergbaugroßprojekten erreichen.

Mit dem Abschluss des „Generalvertrages über die abschließende Finan-

koscheck auf Ewigkeit“ ausgestellt wurde und der Freistaat Thüringen noch nicht einmal die Vertragsgrundlagen kennt. „Wir werden den Vertrag mit Thüringen überprüfen lassen“, kündigte Ralph Lenkert an und sprach von „arglistiger Täuschung“.

Bemühungen der Bundestagsfraktion, mit Anfragen an die Bundesregierung nähere Informationen zu erlangen, blieben bisher ohne Erfolg. Der LINKE Bundestagsabgeordnete fasste die Antworten so zusammen: Die Bundesregierung hat keine Informationen und kriegt auch keine. Allerdings legen die Antworten nahe, dass der Freistaat Thüringen in den so genannten Kalifusionsvertrag (Rahmenvertrag) zwischen der Treuhandanstalt, der Kali und Salz AG und der Mitteldeutschen Kali AG

nicht eingebunden war.

Der Landtagsbeschluss, bei dem es ja nicht zuletzt auch um die „Herausgabe des Kalifusionsvertrages nebst Anlagen“ geht und der mit dem Ende dieser Legislatur der sogenannten Diskontinuität anheim fällt, soll übrigens durch den neuen Landtag wieder neu beschlossen werden, so der Ausblick von Tilo Kummer zum Abschluss des Pressegesprächs. ■



zierung der ökologischen Altlasten im Freistaat Thüringen“ war der Bund aus der Verantwortung für die Altlastensanierung entlassen worden, während sie an das Land Thüringen übergang. Auf bisher unübersehbare Zeit verlangt die K+S KALI GmbH monatlich über 1,5 Millionen Euro von Thüringen für Altlastensanierungen.

Es geht also darum, so Tilo Kummer im Pressegespräch, „ob K+S ein Blan-

„Reisegruppe Brandt“ offenbart erneut neonazistisches Netzwerk

Vor dem Hintergrund der Berichte der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 31. August) über einer Reise bundesdeutscher Neonazis nach Südafrika, forderten die Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König und die Bundestagsabgeordnete Martina Renner, beide ehemalige Mitglieder der Landtagsfraktion DIE LINKE im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss:

„Dringend geklärt werden muss, welche Informationen über Aufenthalte und Waffentraining bundesdeutscher Neonazis, darunter auch V-Leute, in Südafrika beim Bundesnachrichtendienst (BND), beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und gegebenenfalls ausländischen Geheimdiensten vorlagen und ob diese Informationen, sofern sie auch im Kontext der NSU-Aufklärung Relevanz haben, den Untersuchungsausschüssen vorgelegt wurden.“

Es sei keine Neuigkeit, dass Tino Brandt sich mehrfach in Südafrika aufhielt und dort Schießübungen stattfanden. Diese Informationen habe es bereits seit Anfang der 2000er Jahre bei antifaschistischen Gruppen – auch in Thüringen – gegeben und sie seien von diesen öffentlich und in Publikationen thematisiert worden. Katharina König widersprach ausdrücklich den Aussagen anderer Mitglieder des Thüringer Untersuchungsausschusses, dass die

Informationen über die Reise des Tino Brandt nach Südafrika dem Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag nicht vorgelegen hätten. „Ebenso ist die Gewalttätigkeit Brandts durch die Aktenkenntnisse insbesondere aus den Dokumenten der Thüringer Justiz ersichtlich gewesen“, betonte die LINKE Landtagsabgeordnete. Sie verwies exemplarisch auf einen Überfall in Gräfenhain, an dem Tino Brandt beteiligt war.

Entscheidender seien jedoch, so Katharina König und Martina Renner, die Zusammenstellung der nun in Rede stehenden neonazistischen Reisegruppe um Tino Brandt und deren Verbindungen zum NSU, zum Unterstützerumfeld und zum neonazistischen Netzwerk „Blood & Honour“. Martina Renner dazu: „Organisiert durch das extrem rechte Netzwerk 'Hilfskomitee Südliches Afrika' reisten im Oktober 1999 – wenige Wochen nachdem Claus Nordbruch, über den die Flucht des untergetauchten Trios nach Südafrika organisiert werden sollte, in Thüringen zu Vortragsveranstaltungen war – 17 Personen nach Südafrika. Neben Tino Brandt nahmen an der Reise weitere bundesweit aktive rechte Kader und Führungspersonen teil, über welche sich erneut die neonazistischen Netzwerke offenbaren und bei denen teilweise von einem Kennverhältnis zu wichtigen Personen aus dem NSU-Unterstützerumfeld ausgegangen werden

muss.“ Katharina König ergänzte: „Nach antifaschistischen Recherchen nahmen damalige Funktionäre des ‚Blood & Honour‘-Netzwerkes wie Andreas Biere aus Sachsen-Anhalt oder einflussreiche Kader wie Peter Dehoust, Herausgeber neonazistischer Zeitschriften, aber auch weitere Neonazis teil, die in engem Kontakt zu Frank Schwerdt und Andre Kapke standen.“ Die Notwendigkeit der Fortführung der Aufklärung auch in Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Länderebene sei auch deswegen dringend geboten, betonten die beiden Abgeordneten. ■

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Irrlichter am Rande

Massen an Material von Parteien findet sich derzeit im Briefkasten oder wird einem überreicht. Doch bei der großen Menge fällt auf: Das Wahlmaterial und die dahinter stehenden Parteien lassen sich in zwei Kategorien teilen. Auf der einen Seite die Parteien der Angst: CDU, FDP, NPD und AfD. Mindestens Thüringen, wenn nicht die ganze Welt gehen unter, gibt man ihnen nicht die Stimme. Die Argumentationsfiguren, mit denen Angst gemacht werden soll, reichen dabei von albern (FDP) über heuchlerisch (CDU) bis zu eklig (NPD, AfD). Die CDU agiert noch mit lustigen Zwischentönen: Der ewig lächelnde Thüringer Schuldenkönig Bernhard Vogel wirbt in einer Wahlpostille für Christine Lieberknecht, die bundesweite Spitzenreiterin hinsichtlich staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen eine Landesregierung.

Linke, SPD und Grüne werben demgegenüber mit Optimismus.

Nur am Rande der SPD irrlichtert es. Zunächst warnte im Juli ein Brief weitgehend unbekannter Ex-Abgeordneter vor jedwedem Kontakt zur Linken. Politische Infektionsfah! Zu den Unterzeichnern zählte Gunter Weißgerber, ein erklärter Feind des Ziels eines demokratischen Sozialismus im SPD-Programm, der nach dem Ausscheiden aus dem Parlament wohl nur auf sich aufmerksam machte, als er äußerte: „Thilo Sarrazin analysiert und argumentiert in seinem Buch klar sozialdemokratisch.“ Er hatte schon als Abgeordneter mit dem SPD-Austritt kokettiert, beispielsweise aus Solidarität mit Wolfgang Clement. Den rügte die SPD am Ende nur – worauf er selbst austrat. Clement wiederum gehört zu den Unterzeichnern einer neuen Warnanzeige noch unbekannter Initiatoren, die „die Zukunft unseres (!) Freistaates“ in Gefahr sehen. Auch CDU-Funktionäre haben unterzeichnet. Das zeigt, welche Register wirklich gezogen werden. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.